

# Windkraft: Stolz verteidigt Obergrenzen

Kreistag stellt sich mehrheitlich hinter Forderungen von Landrat und Bürgermeistern/Grüne üben Kritik

**Main-Kinzig-Kreis (mab).** Eine Woche nach dem Treffen von Landrat Thorsten Stolz mit zahlreichen Bürgermeistern aus dem Main-Kinzig-Kreis hat am Freitag auch der Kreistag mehrheitlich eine Überarbeitung des Teilplans erneuerbare Energien (TPEE) und eine gerechtere Verteilung von Vorrangflächen für Windkraftanlagen in Südhessen gefordert. Heftige Kritik übten die Grünen.



Auf die Tagesordnung hatte die FDP-Fraktion das Thema Windkraft gesetzt. In einem Antrag forderten die Liberalen das Parlament auf, sich beim Regierungspräsidium Darmstadt dafür einzusetzen, die Anzahl der Windkraftanlagen im Main-Kinzig-Kreis auf den derzeitigen Ausbauzustand zu begrenzen. „Der Main-Kinzig-Kreis ist keine Kompensationsfläche, um hessische Zielvorgaben in Sachen Windenergie zu erreichen“, betonte der

stellvertretende FDP-Kreisvorsitzende Rolf Zimmermann in seiner Antragsbegründung. Von den 257 fertigen, im Bau oder im Genehmigungsverfahren befindlichen Windkraftanlagen im Regierungspräsidium Darmstadt befänden sich schon jetzt 122 im Main-Kinzig-Kreis. „Im Wetteraukreis sind es 39 Anlagen, im Rheingau-Taunus-Kreis sind es 27 und im Odenwaldkreis 24 Anlagen“, verdeutlichte Zimmermann das aus Sicht der Liberalen gravierende Ungleichgewicht. Der Teilplan, der von der Regionalversammlung vermutlich im Frühjahr beschlossen wird, sieht laut Zimmermann rund 4 200 Hektar an möglichen Flächen im Kreis vor, 2 300 Hektar, das entspricht 230 Windkraftanlagen, allein im Naturpark Spessart.

Zumindest in Teilen unterstützte die Große Koalition den Vorstoß der Liberalen, legte dann aber einen Änderungsantrag vor, der auf die Forderung nach einem kompletten Ausbaustopp verzichtet und statt dessen einzig die Unterstützung der Abgeordneten für die Initiative des Landrats und der Bürgermeister zum Ausdruck bringt. Konkret for-

dert der Änderungsantrag, der mit den Stimmen von SPD, CDU, Freien Wählern und Linken mehrheitlich verabschiedet wurde, eine engere Abstimmung der Planer mit den betroffenen Städten und Gemeinden.

Wie CDU-Fraktionschef Michael Reul betonte, stelle die Initiative des Landrats keine neue Position in der Kreispolitik dar. „Bereits im Dezember 2016 hat der Kreistag mehrheitlich beschlossen, sich dafür einzusetzen, dass maximal 2 Prozent der Kreisfläche als Vorrangfläche ausgewiesen werden und Windkraftanlagen nur mit der Zustimmung der jeweiligen Kommunen errichtet werden dürfen. Besonderen Schutz genießt hierbei der Naturpark Spessart, ebenso wie die beiden Kurstädte. Hinter diesen Beschluss wollen wir nicht zurückgehen.“ Wie Stefan Ziegler (SPD) betonte, würde es die Forderung nach einem kompletten Ausbaustopp, wie von FDP und, in einem weiteren Änderungsantrag, von der AfD gefordert, unmöglich machen, dass der Kreis die Einrichtung von Anlagen unterstützt, falls Kommunen dies wollen. Derzeit sind kreisweit 98 Anlagen in

Betrieb, sieben entstehen in absehbarer Zeit, 23 befinden sich in der Genehmigungsphase. Sowohl die Anträge der Liberalen als auch der AfD fanden keine Mehrheit.

Massive Kritik an der Forderung des Landrats und den betroffenen Bürgermeistern nach einer Einführung von Ober- und Untergrenzen als Ergänzung zu den bisherigen Ausweisungskriterien äußerten die Grünen. „Die derzeitige Verteilung der Vorrangflächen erfolgt nach Recht und Gesetz. Was der Landrat jetzt will, öffnet dem Geschacher in den Hinterzimmern Tür und Tor“, betonte etwa Jürgen Heim..

Stolz dagegen warnte vor einer polarisierten Debatte. „Fest steht, dass die Menschen vor Ort nicht übergangen werden dürfen, eine rein fachliche Betrachtungsweise reicht nicht. Ausweisungen von Vorrangflächen sind immer auch politische Entscheidungen.“ Schon jetzt sei der Kreis überdurchschnittlich aktiv beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Eine Erweiterung auf 270 Anlagen, wie gemäß Teilplan rechnerisch möglich, sei indes nicht vermittelbar.